

Mit 200 Millionen Mark wollen Länder Interregio retten

(Stuttgarter Zeitung 15.10.2001)

Verkehrsminister fordern vom Bund mehr Geld und mehr Kompetenz für den Nahverkehr - Land sieht von Klagedrohung nicht ab

STUTT GART. Im Ringen um die Interregio-Verbindungen hat die Konferenz der Länderverkehrsminister eine neue Lösungsvariante aufgetischt. Staatssekretär Stefan Mappus will die Gedankenspiele um eine Verfassungsklage aber noch nicht aufgeben.

Von Thomas Breining

"Mindestens 13,8 Milliarden Mark" pro Jahr fordern die Verkehrsminister der Länder vom Bund. Darauf haben sie sich vergangene Woche einstimmig verständigt. Mit diesem Geld soll das Nahverkehrsangebot bezahlt werden, das die Länder bei Verkehrsunternehmen bestellen. Von den 13,8 Milliarden Mark sollen aber 200 Millionen für Interregio-Verbindungen verwendet werden.

Die Länder trauen sich zu, mit diesem Geld die bisherigen Interregios der Bahn zu finanzieren. Sie wollen die Summe aber nicht aus ihren eigenen Kassen aufbringen. Interregio-Züge sind zum Fernverkehr zu rechnen, und dafür sei der Bund zuständig. Die Verkehrsminister der Länder forderten die Bundesregierung auf, ein Gesetz vorzulegen, in dem den Ländern die rechtliche Kompetenz für den Betrieb dieser Züge übertragen wird. Der Beschluss zeige, so erklärte Verkehrsstaatssekretär Stefan Mappus (CDU), "dass der Leidensdruck nicht nur in Baden-Württemberg hoch ist". Er sei ein Erfolg, weil er zeige, "dass es konstruktive und auch bezahlbare Lösungen für den Interregio geben kann".

Der Bund solle sich bis zum Jahresende zu dem Vorschlag äußern. Andernfalls "wird Baden-Württemberg in jedem Fall eine Bundesratsinitiative einreichen", um ein entsprechendes Gesetz selbst auf den Weg zu bringen. Das Land halte an seiner bisherigen Strategie zum Erhalt der Interregio-Verbindungen fest. Wenn der Bund "seine finanzielle Verantwortung für den Schienenfernverkehr" nicht wahrnehme, werde eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Ein Rechtsgutachten lässt das Land derzeit schon erstellen.

Das Land steht unter erheblichem Druck. Verkehrsverbände und Landtagsopposition fordern, die im Land von der Bahn in Frage gestellten Interregio-Verbindungen auszuschreiben und so Ausschau nach Verkehrsunternehmen zu halten, die an diesem Geschäft interessiert sind. Betroffen sind vor allem die Bahnstrecken Karlsruhe-Konstanz und Ulm-Lindau.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Boris Palmer, zum Beispiel hält die Androhung einer Verfassungsklage "für gleichermaßen aussichtslos wie absurd". Der Bund sei für den Erhalt der Schieneninfrastruktur zuständig. Eine Pflicht, bestimmte Zugverbindungen aufrechtzuerhalten, habe er aber nicht. Konkurrenzunternehmen der Deutschen Bahn AG bieten an, den Interregio-Verkehr auf den beiden Strecken ohne Mehrkosten fürs Land zu erbringen. Das Land müsse sich diese Angebote einholen.

Die Landesregierung argumentiert, sie sei rechtlich daran gehindert - eben, weil der Fernverkehr in Regie des Bundes laufe. Das hält Palmer für vorgeschoben. Mit den aus den Mitteln aus Berlin finanzierten Nahverkehrszügen führen viele Menschen im Land auch Fernverkehrsstrecken.

In einer Stellungnahme des Staatssekretärs aus dem Berliner Verkehrsministerium, Henner Wittling, zum Vorschlag der Länderminister, geht dieser auf die Interregios nicht ein. Doch birgt schon das Thema Regionalisierungsmittel ausreichend Konfliktstoff. Die Überprüfung der Zuwendungen vom Bund an die Länder ist seit Jahren überfällig. Berlin will den Betrag kürzen. Durch die zunehmende Konkurrenz zur Bahn AG habe sich der Nahverkehr verbilligt, glaubt man dort. Somit könnten die Länder gut mit weniger Geld auskommen. Ein Gutachten geht gar

davon aus, dass die Länder 800 Millionen Mark zu viel erhalten hätten - was diese mit einem eigenen Gutachten bestreiten.

Im laufenden Jahr werden die Länder voraussichtlich 13,2 Milliarden Mark bekommen. Das wird auch die "Grundlage für das Angebot des Bundes" sein, betont Staatssekretär Wittling. Der Bund will diese Summe dann auch festschreiben und nicht - wie bisher - Jahr für Jahr entlang der Umsatzsteuerentwicklung erhöhen. Die Länder wollen diese Dynamisierung beibehalten. Dafür habe der Bund "keinen Spielraum". Er fordere aber auch nicht die 800 Millionen Mark zurück.

Baden-Württemberg bekommt dieses Jahr rund 1,4 Milliarden Mark Regionalisierungsmittel vom Bund. Als es 1996 den Nahverkehr als Aufgabe neu übernommen hatte, hatte der Bund 895 Millionen Mark beigesteuert.